

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 15.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 50.00 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Kummer 47

Duisburg, den 25. November 1922

23. Jahrgang

Bekanntmachung des Vorstandes

Die stets steigende Geldwertung und die damit verbundene Teuerung und Anspannung aller Werbemittel, sowie die Unzulänglichkeit der Unterstufungsjahre haben eine Neuregelung des Beitrags und Unterstufungswesens notwendig gemacht.

Zentralvorstand und Ausschuss des Verbandes haben, in Ermächtigung durch die Generalversammlung in Fulda, am 14. November nach eingehenden Beratungen einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

I. Beiträge.

Mit Wirkung vom 26. November 1922 (48. Beitragswocde) beträgt das Eintrittsgeld in der I. und II. Beitragsklasse 50,— M., in der III. und IV. Beitragsklasse 40,— M., in der V. Beitragsklasse 30,— M. Das Erntegeld kostet 30,— M., die Erntekarte 15,— M.

Die Wochenbeiträge für die Hauptklasse betragen in der Beitragsklasse:

I.	II.	III.	IV.	V.
150.—	120.—	90.—	55.—	15.—

Zu diesen Beiträgen kommen die Bezirks- und Lokalzuschläge. Diese sollen betragen in Beitragsklasse

I.	II.	III.	IV.	V.
50.—	50.—	40.—	25.—	10.—

In Ortsverordnungen mit besonderer Beanspruchung können diese Zuschläge höher sein.

II. Unterstufungen.

Es beträgt die Streikunterstützung ab 1. März 1923

Bei einer Mitgliedschaftsdauer von Wochen:	In Beitragsklasse									
	I.		II.		III.		IV.		V.	
	Feb.	Dez.	Feb.	Dez.	Feb.	Dez.	Feb.	Dez.	Feb.	Dez.
26—156	2400	2550	2100	2220	1820	1710	1050	300		
156—280	2550	2700	2200	2340	1710	1800	1110	300		
280—364	2700	2850	2340	2460	1800	1880	1170			
364—468	2850	3000	2460	2580	1880	1960				
468—624	3000	3150	2580	2700	1960	2070				
624—780	3150	3300	2700	2820	2070	2180				
780—936	3300	3450	2820	2940						
936—1092	3450	3600	2940	3060						
1092—1248	3600	3750	3060	3180						
über 1248	3750	3900	3180	3300						
Kindergehalt		120				80				

Ab 1. Januar 1923 beträgt:

Die Wanderunterstützung pro Tag 100,— M.

Die Umzugsunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft 800,— M. und steigt pro Jahr um 200,— M. bis 3000,— M.

Das Sterbegeld nach einjähriger Mitgliedschaft 800,— M. und steigt pro Jahr um 200,— M. bis 5000,— M.

Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit vom 1. Januar 1923 ab:

Bei einer Mitgliedschaftsdauer von Wochen:	Nach dem 3. Tage 26 Beitragswochen		Nach dem 7. Tage 20 Beitragswochen lang									
	pro Tag	pro Woche	I.		II.		III.		IV.		V.	
	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
52—156	50,—	300	39,—	234	30,—	180	18,—	108	8,—	48		
156—280	52,50	315	41,—	246	32,50	192	19,50	117	9,50	57		
280—364	55,—	330	43,—	258	34,—	204	21,—	126				
364—468	57,50	345	45,—	270	36,—	216						
468—624	60,—	360	47,—	282	38,—	228						
624—780	62,50	375	48,—	294								
780—936	65,—	390	51,—	306								
936—1092	67,50	405										
1092—1248	70,—	420										
über 1248	72,50	435										

Bei Erwerbslosigkeit werden Beitragsmarken dem Mitgliede nicht in Abzug gebracht. Dieselben sind aber der Hauptkasse in Anrechnung zu bringen.

Der Vorstand und Ausschuss:
J. A. Wieber, Verbandsvorsitzender.

Gewerkschaft und Arbeitsrecht

Die rechtliche Grundlage. Der Kampf, den die Gewerkschaftsbewegung seit ihrem Bestehen ausführt zur Hebung der arbeitenden Schichten, ist nur zum Teil das Ringen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. So notwendig und unerlässlich diese Arbeit ist, so wäre sie doch nur ein Bezwingen äußerer, aber nicht innerer Verhältnisse, wenn nicht als Fundament und Stützpunkt alles gewerkschaftlichen Arbeitens die rechtliche Grundlage geschaffen würde in dem Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter einerseits und Arbeiter und Staat andererseits. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Gewerkschaften seit Jahrzehnten darauf hingearbeitet, die Arbeitsrechts- und soziale Gesetzgebung im arbeitnehmergünstigen Sinne zu beeinflussen und das deutsche Arbeitsrecht zu einer festen Garantie für eine möglichst gesicherte Wirtschaftsverordnung der Arbeiterschaft zu machen.

Das Arbeitsrecht vor dem Kriege. Vor dem Kriege konnte leider infolge mangelnden Einflusses der Gewerkschaftsbewegung, hervorgerufen durch die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft, nur ein Bruchteil der gewerkschaftlichen Bestrebungen verwirklicht werden. Die Rechtsstellung der Arbeiterschaft im Arbeitsvertrage baute sich auf dem freien Vertragsrechte der Parteien auf. Dadurch gewann selbstverständlich der Unternehmer stets ein wirtschaftliches Übergewicht gegenüber dem wirtschaftlich schwächeren, meist auf Arbeitsgelegenheit schlechthin angewiesenen Arbeitnehmer.

Die Entwicklung des Arbeitsrechts. Krieg und Demobilisierung brachten hier grundsätzliche Änderungen und rüdten die alten sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Arbeitnehmerforderungen ihrer Erfüllung näher.

Schlag auf Schlag ergingen sozialpolitische und arbeitsrechtliche Verordnungen mit der Einräumung langertämpfter wichtiger Rechte an die arbeitenden Klassen. Ich greife heraus die Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge, die Regelung der Arbeitszeit, das Arbeitsnachweiseswesen, die Einstellung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern, die Beschäftigung Schwerbeschädigter, die Landarbeitsordnung, die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die Schlichtungsausschüsse, Tarifverträge usw.

Die neue Reichsverfassung versprach nicht nur den besonderen Reichsschutz für die Arbeitskraft, die volle unantastbare Koalitionsfreiheit und die unbeschränkte rechtliche Anerkennung der Gewerkschaften, einen weiteren Ausbau des Versicherungswesens zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterkraft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten, sondern auch ein Recht auf Arbeit, ein Recht auf Versorgung bei mangelnder Arbeitsgelegenheit, eine Demokratisierung des Betriebs- und Wirtschaftslebens unter Erhebung der Arbeitnehmer von dienenden Kräften zu gleichberechtigten Mitproduzenten und eine allmähliche Umstellung der gesamten Wirtschaft im Sinne solidarischer Gemeinwirtschaft.

Schon heute hat als Teilergebnis dieser Entwicklung das gesamte deutsche Arbeitsrecht ein neues Gesicht bekommen.

Das Recht auf Arbeit. Das Recht auf Arbeit in dem Sinne des Artikels 163, demzufolge jedem Deutschen die Möglichkeit

gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Selbstverständlich kann auch heute noch nicht angeht die entgegenstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten lediglich durch ein Nachdrücken jedem einzelnen Deutschen eine seinen Kräften und Fähigkeiten angepasste, ihm ausreichenden Verdienst gewährende Arbeitsgelegenheit ausgesprochen werden. Eine solche Möglichkeit scheitert besonders zurzeit an der deutschen Abhängigkeit vom Weltmarkt und an der Schwierigkeit der Beschaffung gleichmäßiger dauernder Arbeitsmöglichkeiten. Dafür sorgen aber im Sinne des Rechtes auf Arbeit die Verordnungen über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung, die Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsstilllegungen und Betriebsabbau und vor allen Dingen die §§ 84 ff des Betriebsrätegesetzes, das nach Möglichkeit kein Arbeitnehmer mehr seine Arbeitsgelegenheit verliert, wenn nicht zwingende Gründe für die Kündigung und die Entlassung angeführt werden können.

Das Recht bei der Arbeit Das Recht bei der Arbeit ist zum Schutze der Arbeitnehmer gegen unbillige Beeinträchtigung ihrer Leistungsfähigkeit ergänzt und verbessert worden durch eine Arbeitszeitgesetzgebung für alle Gruppen der deutschen Arbeitnehmer auf der Grundlage des gesetzlichen Achtstundentages und der 48-Stundenwoche und durch eine verbesserte Gesetzgebung zum Schutze gegen Unfälle und Gesundheitschäden.

Recht bei Unfähigkeit zur Arbeit. Die ungewöhnlichen Teuerungsvhältnisse machten auch eine Erweiterung der Bestimmungen betreffend das Recht bei Unfähigkeit zur Arbeit erforderlich, damit der sozialen Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversorgung der Charakter einer ausreichenden Notstandsversorgung erhalten blieb. Es wurden aus diesem Grunde in sich fortgesetzt ablaufenden Abänderungs- und Ergänzungsverordnungen die Beitragsätze und die Leistungshöhe entsprechend der Geldwertung, wenn auch nicht immer in ausreichendem Maße, heraufgesetzt.

Das Recht beim Fehlen von Arbeit. Typisch für die Neugestaltung des deutschen Arbeitsrechtes ist auch die wesentliche arbeitnehmergünstige Erweiterung, die das Recht beim Fehlen von Arbeit entsprechend dem Artikel 163 der neuen Reichsverfassung erfahren hat, der bestimmt, daß, soweit einem Deutschen angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt werden soll.

Zu erwähnen ist hier in erster Linie die Verordnung über die Einführung einer Reichserwerbslosenfürsorge mit ihren verschiedenen Abänderungsverordnungen, die jedem arbeitswilligen, arbeitsfähigen und unfreiwillig arbeitslos gewordenen Deutschen für die Zeit seiner Arbeitslosigkeit einen Rechtsanspruch auf Erwerbslosenunterstützung in der Zeit der Arbeitslosigkeit gewährt. Hierhin gehört auch die Verhütung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeit, ferner das Gebiet der Arbeitsvermittlung.

Die Koalitionsfreiheit. Wichtiger bei der Neuentwicklung des deutschen Arbeitsrechtes ist noch die deutlich erkennbare Abkehr von den individualistischen Grundgedanken der ungeminderten Vertragsfreiheit und des frei sich entwickelnden privatwirtschaftlichen Individualismus und die Umstellung auf kollektivistischen Geist.

Diese Umstellung macht sich zunächst schon rein äußerlich bemerkbar in vollster Anerkennung der Koalitionsfreiheit. Sie

ist verfassungsrechtlich garantiert in den Artikeln 159 und 165 und ebnet den Gewerkschaften die Wege zu einer weiteren Verbesserung der generellen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den für die Umstellung des Arbeitsrechtes auf kollektivistische Grundlage weiterhin typischen Kollektivverträgen.

Arbeitsordnung und Tarifverträge. In ihren beiden Normen der Arbeitsordnung und der Tarifverträge lösen die Kollektivverträge allmählich die Einzelarbeitsverträge ab. Dadurch treten an die Stelle der wirtschaftlich schwachen einzelnen Arbeitnehmer bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die einflussreicheren und widerstandsfähigeren Gewerkschaften.

Das Betriebsrätegesetz hat in seinen Paragraphen 66, 76, 78 und 80 das Recht der Arbeitsordnungen dahin abgeändert, daß in Zukunft die Arbeitsordnungen als Normalien und Richtlinien für die Einzelarbeitsverträge nicht mehr einseitig von den Arbeitgebern nach freiem Ermessen festgesetzt werden dürfen, sondern daß sie fortan zwischen den gleichberechtigten Arbeitgebern und Betriebsvertretungen zu vereinbaren sind.

Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Noch deutlicher sprechen für den neuen kollektivistischen Geist des neudeutschen Arbeitsrechtes die Bestrebungen zur Demokratisierung des Betriebs- und Wirtschaftslebens.

Diese neugeistlichen Bestrebungen kommen zur deutlich sichtbaren Auswirkung im Betriebsrätegesetz, welches Betriebsvertretungen mit einem vollen Mitbestimmungsrechte auf sozialen und einem Unterstützungsrechte auf wirtschaftlichem Gebiete gebracht und die Demokratisierung der Einzelbetriebe wirksam angebahnt hat. Sie kommen auch zur Auswirkung in den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern, die im Sinne des Sozialisierungsgesetzes und der Artikel 156 und 165 der neuen Reichsverfassung durch die Gesetze betreffend die Regelung der Kohlen-, der Rast-, der Eisenwirtschaft usw. eingeführt wurden.

Endlich ist auch zur tatsächlichen Sicherstellung der in den neuen Gesetzen den Arbeitnehmern eingeräumten Rechtsverhältnisse das Recht der Rechtsverwirklichung durch die Einföhrung ständiger Schlichtungsausschüsse mit weitgehenden Befugnissen und durch teilweise Neuorganisation bzw. durch Erweiterung der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte realisiert worden.

Gewerkschaftsarbeit und Arbeitsrecht. Schon dieser kurze Ueberblick davon überzeugen, daß die Neuentwicklung des deutschen Arbeitsrechtes in einer kurzen Zeitspanne eine Fülle von rechtlichen Zugeständnissen weitestgehender Bedeutung für die Arbeitnehmer ohne großen Kampf gebracht hat. Werte, um die besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung gestritten hat, sind im neuen Arbeitsrecht niedergelegt. Glaube aber ein Kollege wohl, daß alles das jemals wäre errungen worden, wenn nicht eine starke Gewerkschaftsbewegung dahin gedrängt hätte? Gerade diese Tatsache sollte den Kollegen den Wert der Organisation noch eindringlicher vor Augen führen. Leider werden aber die arbeitsrechtlichen Errungenschaften gar nicht in dem Umfange gewürdigt, wie es notwendig wäre. Bei einer gefunden Weiterentwicklung der Arbeitsrechtsreform sind aber die Gewerkschaften auf die vertrauensvolle Unterstützung und die regste Anteilnahme aller Kollegen in der gewerkschaftlichen Arbeit angewiesen. Es kann nicht der volle Erfolg gesichert

Sozialpolitische Fragen

Krisis in der Sozialpolitik?

Prof. Dr. Gök B r e f s.

Unsere deutsche Sozialpolitik, vorbildlich für die übrigen Industrieländer, vornehmlich gebildet unter den auf dem Boden unserer Bewegung stehenden Männern wie Hülse, Polakowski, Berberich und vorangetrieben durch die Gewerkschaftsbewegung, steht infolge der vollkommen verschobenen wirtschaftlichen Verhältnisse vor bedeutsamen Entscheidungen über Weg und Ziel. Daran steht einer der führenden Köpfe der christlichen Gesellschaftslehre Prof. Gök Briefs in nachfolgenden Artikeln hin und bemüht sich, eine klare Richtung zu zeigen. Ohne uns mit allen Einzelheiten des Artikels identifizieren zu wollen, empfehlen wir gerade die Durchsicht dieser Abhandlung ernsthaft unseren Kollegen.

Die Problemstellung der heutigen Sozialpolitik.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann stehen wir heute vor einer tiefgreifenden Neubestimmung in sozialpolitischen Dingen. Als vor wenigen Wochen der Verein für Sozialpolitik seine 50. Jubiläumstagung hielt, da waren die Schattierungen seiner Haltung zur Sozialpolitik doch um manche Grade kräftiger, als sie sonst zu sein pflegten. Auch zeigte das eigentliche, nicht immer innergehaltene Thema der Tagung, daß Sozialpolitik nach einer gewissen Richtung hin neu problematisch geworden sei, nämlich nach ihrer Beziehung zur Produktivität der Wirtschaft. Jene Presse, die gleich zu verkündigen mußte, daß der Verein eine Schwächung von der Sozialpolitik vollzogen habe, ist zwar vom Vorwurf der Bereitwilligkeit nicht ganz frei zu sprechen, hat aber mancherlei Entschuldigung für sich: einmal, daß tatsächlich die Sozialpolitik auf jener Tagung schärfer als bisher in ihren Beziehungen zur Wirtschaft sondiert wurde — genauer gesagt: werden sollte! — und des ferneren, daß in der großen Öffentlichkeit heute eine kritischere Stimmung zur Sozialpolitik vorherrscht, als wir sie in Deutschland seit langem gewohnt sind. Wir brauchen nicht im einzelnen auseinanderzusetzen, warum die Sozialpolitik heute problematischer geworden ist; es möge der Hinweis genügen, daß unsere Wirtschaft über alle Begriffe arm geworden ist, und daß im Zeitalter der grenzenlosen Verarmung eine weit ausgreifende Sozialpolitik getrieben wird, als deren Wirkung sich zweifellos eine gewisse Senkung der Wirtschaftsprüfung feststellen läßt. Daher der Kasandra-Ruf und die Kasandra-Stimmung: „Wir ruinieren uns an der Sozialpolitik!“ Sehr begrifflich, daß Leute, die sonst bedenkenlos im Fahrwasser der Sozialreform schwammen, nun plötzlich der Voraussetzungen aller Sozialpolitik ihre werden, dieser nämlich, daß nur auf einer gesunden und tragfähigen Wirtschaft Sozialpolitik möglich ist. Das scheint ein unwiderleglicher Satz zu sein, die Grundüberzeugung aller, die behaupten, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik streng zu trennen sind: erst das höchste Produktivitätsquantum, erst maximale Rentabilität — dann Sozialpolitik! Denn alle Sozialpolitik bedeutet „Kosten“ — erst müßte die Wirtschaft imstande sein, diese Kosten zu tragen, dann erst könne Sozialpolitik sinnvoll einsetzen. Aber auch jene, die das eigentümliche Ineinander von Wirtschafts- und Sozialpolitik begriffen haben, überfällt beim Anblick unserer gegenwärtigen Sozialpolitik die Beforgnis, daß man das Steuer zu stark nach der sozialpolitischen Seite herum gelegt habe, ohne die notwendige Rücksicht auf die unbedingten Erfordernisse der Wirtschaft. Gegenüber diesem kritischen Verhalten zur Sozialpolitik stehen andere Anschauungen, die darauf hinauslaufen, daß heute mehr denn je Sozialpolitik das „Gebot der Stunde“ sei und daß niemals genug auf diesem Gebiete geschehen könne. Die Wirtschaft habe sich dem Wohlfahrtsgedanken zu fügen, also her mit aller Sozialpolitik!

Zweierlei Sozialpolitik. Die Tatsache ist nicht wegzuleugnen: die Sozialpolitik befindet sich in Deutschland in einer Krise! Zunächst die bisherige Sozialpolitik nach wichtigen Erörterungen hin. Die Gefahr, zum Unheil der Wirtschaft oder mit schweren Folgen für die soziale Befriedigung unseres Volkes verkehrte Wege einzuschlagen, ist groß. Das kostvolle Wort: Was sollen wir also tun? steht mit überwältigender Dringlichkeit vor uns. Denn auf der Spitze unseres Tums steht vielleicht die Zerrüttung unserer Wirtschaft, vielleicht die Zerstörung der kümmerlichen Reste sozialen Friedens, die noch da sind.

Heimkultur und soziale Aufgabe

Claus Biens.

III.

In der vorhergehenden Nr. haben wir bereits auf die merkwürdige Kraft hingewiesen, die in einer tiefen Erlösung der Heimkultur und der Hauslichkeit liegt. Welche tiefgreifenden sozialen Momente ergeben sich z. B. für alle Kinder der Arbeiterfamilie, für den inneren Zusammenhalt, die Erziehungsmöglichkeit, wenn der Vater und die Anwesenheit der Hauslichkeit fester lebendig wird. Man soll darin auch das kleinste Mittel nicht gering achten. Aus dem Grunde lassen wir die folgende Skizze folgen, um unseren Kollegen auch diese Seite eindringlich vor Augen zu führen.

Das Bild im Heim. Das der schwierigsten Kapitel ist der Bildkann der Wohnung. Hier fehlt, wenn man von religiösen Bildern absteht, in den allermeisten Fällen jegliche Hebung und Erhellung. Hier muß ganz von vorne angefangen werden, wenn etwas erreicht werden soll.

Weder entsprechen unsere meisten religiösen Bilder keineswegs den Anforderungen, die ein künstlerisches Empfinden, aber auch nur guter Geschmack an sie stellen dürfen. In ihrer Unkenntnis hängen denn unsere Arbeiterfamilien fast immer gerade das, was ihnen von Kopfweh, aber in dem nachfolgenden Schreie nachgehört werden. Genau so, oder noch mehr liegen die Dinge bei dem häßlichen Schmutz des Heimes im Auge. Auch hier muß es nicht durch die Anwesenheit der Hauslichkeit, sondern durch die Anwesenheit der Hauslichkeit, die es ist eine Erinnerung, denn eine Fülle der Wohnung darstellen.

Hier muß man denken, den Gehirnen durch Neben- und Gegenüberstellungen von Gutem und Schlechtem, Hoch- und Niedrigem zu bilden, indem auf die jeweilig besonderen Merkmale

Wir müssen zunächst auseinanderhalten, daß Sozialpolitik und Sozialpolitik zwei verschiedene Dinge sind. Es gibt eine Sozialpolitik, deren Endwirkung die volkswirtschaftlich verfügbare Gütermenge — Kapitalgüter wie Konsumgüter — mehr bzw. ihre Beschaffenheit hebt; und es gibt eine Sozialpolitik, deren Endwirkung entweder die Verteilung zugunsten der ärmeren Schichten korrigiert, oder eine Fessel der Produktivität darstellt.

Dennach unterscheiden wir: produktive Sozialpolitik — konsumtive Sozialpolitik — produktivitätshemmende Sozialpolitik.

Produktive Sozialpolitik ist jene, die auf dem Wege über den Schutzhilfen der arbeitenden Menschen die Wirtschaft fördert; die Produktivität hebt, jene, die die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitswilligkeit anregt und erhält. Konsumtive Sozialpolitik ist jene, die vom geschaffenen Produkt ausgeht und seine Verteilung nach bestimmten Gesichtspunkten zu beeinflussen sucht.

Produktivitätshemmend ist jene Sozialpolitik, die den arbeitenden Menschen hindert in der Ausübung der Arbeit. Begrifflich sind die drei Arten wohl auseinander zu halten, praktisch haben sie vielfach enge Berührung. Alle ausgebaute Sozialpolitik ist ein Gemisch aus allen dreien.

Die produktive Sozialpolitik. Wenn wir darüber einig sind, so fragt sich: welchen Sinn hat der Ruf „Zurück zur Wirtschaftspolitik, weg mit der Sozialpolitik?“ man sieht sofort, wie unklar er ist. Wer ihn erhebt, übersieht, daß es einen großen Umkreis wirtschaftlich produktiver Sozialpolitik gibt, einen Bestand sozialpolitischer Maßnahmen, der nach aller Erfahrung die Ergiebigkeit der Wirtschaft steigert. Vernünftigerweise kann es also nur heißen: Her mit aller Sozialpolitik, die die Wirtschaftsergiebigkeit vermehrt! Ich glaube, auf diesem Boden sind wir alle einig. Die Schwierigkeit liegt darin: Welche konkreten sozialpolitischen Maßnahmen sind es, die die Ergiebigkeit der Wirtschaft steigern? Eine Steigerung der Produktivität hängt u. a. an geistigen und sittlichen Voraussetzungen, und wo diese nicht entsprechend vorhanden sind, da verlangen auch jene Maßnahmen, die ihrer Natur nach durchaus geeignet erscheinen, die Produktivität zu heben. Es ist also Sache der Erfahrung, mit welchen sozialpolitischen Mitteln im Einzelfalle die geistigen und sittlichen Voraussetzungen vermehrt Produktivität erbracht werden können. Hier liegt ein wenig beachtetes Feld der Analyse und Beobachtung mancher leistungshemmenden Momente, die heute in manchen Gruppen lebendig sind. (Schluß folgt.)

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist die treibende Kraft in der deutschen Sozialpolitik.

Als die Sozialdemokratie noch abseits stand, hat die christliche Gewerkschaftsbewegung durch ihre Stellungnahme zur Sozialpolitik der Arbeiterschaft am meisten genützt.

Eine Forderung an die deutsche Sozialpolitik

Streitfragen über Gasvergiftungen.

Wilhelm Mayer.

Die Arbeit unseres Verbandes. Seit Jahren bemüht sich unser Verband, um die Versicherungsansprüche jener zu wahren, die entweder selbst durch Gas beschädigt wurden oder die durch Gasvergiftung ihren Ernährer verloren haben. Aus den Veröffentlichungen unseres Verbandsorgans, wie aus unseren besonderen Schriften geht hervor, wiewohl verhängnisvollen Schicksalen unsere Fernarbeiter und ihre Familien durch dieses Gas ausgeliefert sind, und wie viele Opfer werden durch die Tücke dieses „Betriebsfeindes“ gefordert, wonach überhaupt kein Haß kräft, oder wo

die Ursachen, die zu solchen Opfern geführt haben, von Ärzten, Gutachtern, der Rechtsprechung usw. verkannt werden zum Schaden der Betroffenen oder ihrer Hinterbliebenen?

Durch die nachhaltige Tätigkeit unseres Verbandes, insbesondere durch unsere Broschüre „Hüttenarbeiter-Schicksal“, scheint nunmehr, wenigstens für die Rechtsprechungspraxis vor Sozialverletzung der Stein ins Rollen gekommen zu sein. Von Amts wegen ist beabsichtigt, eine grundsätzliche Klärung der vorherrschenden Streitfragen über Gasvergiftungen herbeizuführen. Insbesondere ist dieses unbedingt notwendig für die medizinische Wissenschaft und für Gutachten der Ärzte. Hier gehen die Meinungen nicht nur weit auseinander, sondern es werden oft unüberbrückbare gegensätzliche Auffassungen vertreten. Anschauungen liegen hier oft vor, die der gewöhnliche Laie und namentlich der mit den Betriebsverhältnissen Vertraute als unhaltbar und direkt falsch begründen kann. Ist aber ein solch faules Ei einmal im Brei, dann hält es schwer, den Brei noch zu retten. Deshalb muß vorgebeugt werden, wenn nicht noch weitere Feuerarbeiterfamilien dadurch zugrunde gehen sollten. Hierzu ist unsere weitere Mitarbeit erforderlich. Es gilt die Forderungen und Beschwerden mit weiteren Fällen aus dem praktischen Betriebs- und Arbeiterleben zu belegen.

Erfassung der Gasvergiftungen.

Zunächst erheischen Umfang und Wirkung von Gasvergiftungen eine bessere Erfassung. Ganz abgesehen davon, daß viele Gasvergiftungen überhaupt nicht erkannt werden, oder je nach Veranlagung des einzelnen einen günstigen Verlauf nehmen, geben die Erhebungen der Unfallberufsgenossenschaften kein vollständiges Bild davon, weil der „Betriebsunfall“ eben oft verkannt und eine natürliche Krankheit als Beschädigungsurache angenommen wird. Die Feststellung, auf welchen Werken, zu welcher Zeit, bei welcher Arbeit und in welchem Umfang Gasvergiftungen vorgekommen sind, ist deshalb von großer Bedeutung. Weiter muß ermittelt werden, wie viele Arbeiter davon betroffen wurden, ob die Wirkung sofort oder später, tödlich oder nicht tödlich eintrat und wie viele Arbeiter infolge dieser Vergiftung in einem halben oder im ganzen Jahr, oder überhaupt, die Rettungsfaktionen für Gasvergiftungen aufsuchten, die die Werke errichten müssen, oder wieviele deshalb den Ärzten aufgesucht haben.

Außerdem sind nähere Erhebungen über jene Fälle erforderlich, wo mehr als über die Möglichkeit hinaus mit Wahrscheinlichkeit akute Gasvergiftungen vorliegen, diese aber von Ärzten, Berufsorganen verkannt und Grippe, Lungenentzündungen, Schlaganfälle, Herzlähmungen oder sonstige natürliche Krankheiten als Beschädigungsurache angegeben wurden, oder wo man diese „Betriebsunfälle“ als chronische „Gewerbekrankheiten“ behandelte.

Gutachten und Ursachen. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist auch die Feststellung, wo noch Ärzte durch Untersuchung von Leichenblut das Nichtvorliegen von Gasvergiftungen deuteten. Dieses System ist besonders abjutun; es kann dadurch — wenn Gas im Blute noch vorhanden ist — wohl die Gasvergiftung nachgewiesen werden; wenn aber Gas im Blute nicht mehr gefunden wird, darf dadurch eine Gasvergiftung nicht verneint werden.

Auch sonstige zu beanstandende Gutachten oder Urteile bei Unfallunterstützungsansprüchen infolge Gasvergiftungen sind festzustellen und ist das gesamte Material umgehend an die Hauptleitung unseres Verbandes einzusenden. Überall wo Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Gießereien usw. in Frage kommen, sind mehr oder weniger solche Materialien vorhanden. Aufgabe der in Frage kommenden Kollegen, unserer Arbeiterräte, Vertrauensleute, Vorstände, sowie der Verbandssekretariate und unserer Vertreter an Versicherungs- und Rechtsprechungsstellen muß es nunmehr sein, diesen Anregungen zu folgen. Finden diese Befreiungen die erforderliche Unterstützung, so wird mit dem Ergebnis auch Gasvergiftungen eher vorzubeugen sein. Und dieses ist ja schließlich die Hauptaufgabe!

Heim und Frauenkunst.

Auch der Frauenhandarbeit soll hier ein Wort gewidmet sein. Die Handarbeit der Frau, (Häkeln, Sticken), die früher gerade bei uns in Deutschland auf einer sehr hohen Stufe gestanden hat, ist in den letzten Generationen und gerade in den Arbeiterfamilien sehr zurückgegangen. Der Hauptgrund war wohl bei unsern Arbeiterfrauen die Knappheit der Mittel und der Zeit, die sie zu anderen Beschäftigungen als zur täglichen, mühevollen Hausarbeit und vielleicht noch einer besonderen Nebenbeschäftigung nicht kommen ließen. Was da in jüngerer Zeit wieder mehr an Handarbeit geleistet wird, ist nur selten eine handere, noch viel weniger eine künstlerische Arbeit, weil ja jegliche Vorbereitung dazu fehlt. Unsere Frauen und Mädchen sollten sich bemühen, allgemein die Frauenhandarbeit wieder auf die Stufe zu heben, auf der sie früher gefanden und in einzelnen Fällen auch jetzt noch liegt.

Man wird finden, daß durch solche Schulung und Hebung im Kleinen auch der Sinn für die große Kunst bald geweckt und genährt wird. Man schafft auf solche Weise erst den Unterbau, auf dem das andere erstehen, den Grund und Boden, auf dem es wachsen soll. Nur so ist es möglich, daß wir auch die hohe Kunst und das Volk wieder miteinander verbinden, wie einmal in früheren Zeiten, die noch nicht den Anspruch auf solch „Hohe und allgemeine Bildung“ machen konnten, wie wir es heute tun. Was im Mittelalter einmal möglich gewesen, muß auch für uns wieder erreichbar sein, wenn wir den rechten Willen dazu haben.

Der Versuch, das Volk unmittelbar zur hohen Kunst zu führen, ohne an Gegebenes anzuknüpfen und darauf aufzubauen, ist tot Mechanismus, die angestrebten werden nicht und nie aus eigener Kraft in Bewegung hieher kommen. Der Weg über die Heimkultur, Volkstum, Heimkunst ist organisches Wachstum, ist Leben, das sich aus sich selbst heraus erhebt und zu feiner Zeit wundervolle Blüten zu treiben im Stande ist.

man der einen oder der anderen Seite durch Erklärungen in Wort und Schrift hinwegweisen und ausser Acht gemacht wird. Der Arbeiter selbst muß versuchen, auch von sich aus hierauf einzugehen, indem er einmal lernt, ein Kunstwerk zu betrachten und es in seinen Einzelheiten vor seinem Auge anzufassen, mit andern Worten, es zu verstehen. Verstehen ist hier nicht einfach ein darum wissen, ein Kennen, sondern es ist mehr, es ist geistiges und gemächliches Einverständnis und liebevolles Eingehen auf die Sache. Das erfordert ein frisches Auge und vor allem ein offenes, warmes Herz.

Und solches erreicht man nicht durch hochtrabende, gelehrte Vorträge. Dies bleibt leider meistens nur kalte Wissenschaft, die nur wenigen zugänglich ist und selten auf die Umgebung abfärht. Auf diesem Wege bringt kein dauerndes, lebensfähiges Kunstverständnis (im weitesten Sinne) ins Volk ein, das am Ende wäre, auch selbst wieder etwas zu geben. Nein, zu diesem Zwecke soll man, wie überhaupt im Leben, mit Kleinem beginnen, dafür aber versuchen, möglichst das ganze Volk zu erfassen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Wie oft findet man in Arbeiterfamilien ein „alte“ vergoldetes Krugglas, zum Schutze gegen Sturz unter ein Glasglas gestellt. Solchen einseitigen einseitigen, das es nicht nur ungesund, sondern auch vollkommen sinnlos ist, daß ein Krugglas in einander hineingesteckt zum Behalten viel sinnvoller und schöner ist und auch der ganzen Familie viel vertretbarer wird, als die stolze Pracht des andern. Also, vor allem, in n-gemäße Ausföhrung. Hier liegt ein großes und dankbares Betätigungsfeld für die Volkshandarbeit, als da sind: Kerzenhandarbeit, Besenhandarbeit, Leinwand- und Kattunhandarbeit usw.

Es heißt vielfach noch in unseiner Gemütern die alte Sitte, die Wände mit Photographien zu schmücken, ohne, daß man beachtet, daß eine Photographie doch wieder ein Schand und gar ein Kunstwerk ist. Photographien gehören in ein Album und nicht an die Wand.

Die Wirtschaftslage in der Metallindustrie

Aus den Oktoberberichten der preussischen Handelskammer bringt die „Konjunktur“ einen Auszug, den wir folgende Stellen entnehmen:

Eisenindustrie: Maschinenfabrikation.

Die Grobblechenindustrie hatte wiederum unter mangelhafter Kohlenbelieferung zu leiden. Die Verfertigung mit ausländischen Erzen erfolgte ohne Störung. Inländische Erze waren sehr knapp infolge schwächerer Förderung und unzureichender Wagnereinstellung. Der Mangel an Kalk bestand weiter, jedoch ist eine bedauerliche Wagnereinstellung und eine bessere Kohlenverfertigung der Hochwerke in Aussicht gestellt. Kohlen sind knapp; die Preise wurden viermal im Monat zum Teil beträchtlich erhöht. Auch Schrott verteuerte sich um so mehr, als die Schrottilieferanten in steigendem Maße ausländische Ware heranschaffen müssen. In Wagnereinstellung war die Nachfrage im Inland unverändert. Nur in Grobblechen und, seit dem Nachlassen der Bautätigkeit in Trägern bestanden geringerer Bedarf. Der Richtpreisanschlag des deutschen Stahlbundes beschloß am 1. 11. 18. und 25. Oktober Preisreduzierungen, die für Stabeisen 2615, 2915, 2500 und 17 070 Mark für die Tonne betragen. Der Preis von Siemens-Martin-Güte erhöhte sich von 2500 auf 3500 Mark. Das Auslandsgeschäft war ruhiger als zuvor. Belgier und namentlich Franzosen verdrängen die deutsche Eisenindustrie immer mehr; obwohl der Bedarf des Weltmarktes nicht stetig, wurden auf den französischen Westen weitere Hochöfen in Betrieb gesetzt. Lebhaftige Klage wird darüber geführt, daß das deutsche Eisenbahngesamtwirtschaftsamt französischen Werken Aufträge auf Eisenbahn-Oberbaumaterial erteilt habe.

Der noch immer regen Beschäftigung der Schwerindustrie steht ein Auftragsrückgang bei den Eisenverbrauchergruppen gegenüber. Das Auslandsgeschäft läßt bei allen Werken zu wünschen übrig. Die Rohstoffe sind Gegenstand besonderer Sorge. Das Anziehen der Kohlenpreise und die Erhöhung der Eisenpreise auf das achtfache der Zufuhr. Durch dieses Tempo der Preissteigerung trat die Frage der Gültigkeitsfrist der Preise in den Vordergrund. Die Werke weisen darauf hin, daß sie bei der schnellen Entwertung des Markt am Zahlungstage nur einen Teil dessen erhalten, was sie im Augenblick der Preisfestsetzung und Lieferung erhalten sollten. Das Streben nach kurzfristigen Preisen wurde immer schärfer. Im einzelnen ist Holzzeug nach wie vor knapp. Stab- und Formeisen wird namentlich in den leichteren Sorten gefragt; das Auslandsgeschäft blieb schwach. Sofern im Stabeisen von einem Stillwerden des Geschäftes gesprochen werden kann, hat dies seinen Grund in Geldknappheit der Abnehmer. In schweren Grobblechen herrscht großes Arbeitsbedürfnis. Feine Bleche sind im Inland noch stark gefragt, doch liegt das Auslandsgeschäft brach. Die Nachfrage nach Walzdraht im Inland läßt unverändert an. In Grubenmaschinen wenden sich deutsche Werke trotz des Wettbewerbs aus Belgien und dem Saargebiet vermehrt dem Ausfuhrmarkt zu. In schweren Oberbaumaterialien reicht die Arbeit bis Ende des Jahres für die Reichsbahn noch aus; das Auslandsgeschäft ist kaum umstritten. — Die Nachfrage nach Arbeit war am Monatsende größer als der Bedarf. Erwähnenstwert ist ein Zugang von Arbeitskräften von der Wasserfront und aus dem Osten. — Der Eisenbahnverkehr im Ruhrgebiet war befriedigend. Da aber die Reichsbahn sich darauf eingerichtet hatte, die aus dem Ueberfließen entstehende erwartete Wagnereinstellung an Kohle abzufordern, waren andere Direktionsbezirke ungenügend mit Wagen versorgt, wodurch die Heranbeförderung von Kalkstein, Dolomit und Ton litt.

Trotz der erheblichen Preisreduzierungen fanden die seitens der oberflächlichen Eisenindustrie dem deutschen Inlande in etwas größerem Umfange als bisher zur Verfügung gestellten Mengen Fertigkeiten im allgemeinen glatten Ab. Einzelne Werke freilich klagen, daß der Verbraucher seinen Bedarf einschränkt, so daß in einzelnen Fabrikzweigen Beschäftigungsmangel herrscht.

Die Kleinisen- und Stahlwarenindustrie
des Solinger Bezirks war noch ausreichend beschäftigt. Die Inlandsverkäufe gingen vielfach in Grenzgebiete des Deutschen Reiches und große deutsche Städte mit starkem Fremdenverkehr, da die Wiederverkäufer bei den hohen Preisen vielfach auf den Verkauf mit Ausländern angewiesen sind. Die Aufträge aus dem Auslande scheinen vor der starken Wertentwertung nicht so erheblich beeinflusst worden zu sein, wie vermutet werden mußte. Die Beschaffung der Rohstoffe scheint keine Schwierigkeiten bereitet zu haben. Dagegen wird noch immer über Brennstoffmangel geklagt. Die Geschäftslage der Schmalblechen Kleinisenindustrie hat sich verschlechtert. Aufträge gingen vermindert ein, alte Aufträge wurden vielfach annulliert. Das Inlandsgeschäft ist ständig geringer geworden, das Auslandsgeschäft leidet unter der Unsicherheit im Devisenmarkt. Die Preise für Material- und Röhrenpreise machen den Einkauf fast unmöglich. — Die Werkzeugindustrie von Remscheid und Umgegend, die Schraubenindustrie und die Felberter und Radverformenden Schloß- und Beschlagindustrie konnte ihren Absatz noch auf der Höhe des Vormonats halten, doch ließ der Eingang neuer Aufträge nach. Im Inland wird nur der notwendige Bedarf gekauft. In einzelnen Sorten sind die Auslandspreise überhöht. Die Rohstoffbelieferung genügt teilweise nicht. — Die ungünstige Lage in der Blechwarenindustrie, die eine Folge der hohen Rohmaterialienpreise ist, hat sich weiter verschärft. Die Abschätzung hat sich auf das Ausland ausgedehnt, da die Preise zum größten Teil von der dortigen Landindustrie stark unterboten werden, obwohl sie teilweise schon niedriger sind, als die Inlandspreise.

Die Dömliner

Maschinenindustrie

war noch ausreichend beschäftigt; nur die Aufträge auf landwirtschaftliche Maschinen sollen stark nachlassen. Auch bei den noch gut beschäftigten Gießereien ändert sich langsam die Marktfrage. Große Schwierigkeiten bereitet die Beschaffung der Betriebsmittel. Die Beschaffung mit Grundstoffen hat sich gebessert. Der Bedarf an Arbeitskräften konnte vollkommen gedeckt werden. Die Zahl der Aufträge ist kleiner geworden; der Eingang neuer hat sich verlangsamt. Auf dem Auslandsmarkt herrscht harter Wettbewerb, nur bei Spezialitäten und bei kurzen Lieferfristen konnte der Auftragsbestand unverändert erhalten werden. Die Inlandspreise haben sich stark erhöht, was bei den Auslandspreisen z. T. nicht möglich war. Die Lage des Lokomotivbaues läßt sich weiter zu. Die hohen Materialpreise und die Löhne bedingen solche Verkaufspreise, daß den inländischen Staats- und Privatbahnen trotz starker Tarifreduzierungen Anschaffungen fast unmöglich werden. Der Auftrag der Reichsbahn für die Winterbelieferung ist nur in recht bescheidenem Umfange erteilt worden. Auch das Ausland läßt große Zurückhaltung, seltener die Preise in Auslandsausführung gestellt werden. Selbst Aufträge auf Ersatzteile für Lokomotiven fangen an, härter zu werden. Im Verkauf von leichten Werts- und Bau-lokomotiven für die Wiederaufbaugelände beginnt das Bemerkenswerten allmählich praktische Folgen zu zeigen. Die Aussichten für die künftige Gestaltung der Arbeitslage sind als ungünstig zu bezeichnen. — Die Breslauer Lokomotiv-, Wagon- und Maschinenindustrie ist noch ausreichend beschäftigt. Infolge der unabwiesbaren Preissteigerung werden die finanziellen Mittel stark beeinträchtigt. — Aufträge auf Schiffsbauarbeiten gehen nicht ein, da den inländischen Reedern das hierfür nötige Kapital mangelt. Auch das Reparaturgeschäft hat merklich nachgelassen. In mehreren Betrieben mußte Kurzarbeit eingeführt werden; Arbeiterentlassungen werden erwartet.

Der neue Markt für elektrifizierte Erzeugnisse

verschlechtert. Im Zentralgeschäft sind nicht nur die Projekte für Neuanlagen und Erweiterungen zurückgefallen, sondern auch bei den bereits in Bau begriffenen Anlagen wird vielfach verhalten, noch nachträglich die Bestellpläne nach Möglichkeit einzuschränken und dadurch zu verbilligen. Manche Elektrizitätswerke suchen sich die notwendigen Mittel dadurch zu verschaffen, daß sie ihre Vorräte an elektrotechnischem Material, das nicht unmittelbar gebraucht wird, verkaufen. Die Industrie bekennt sich auf die Anschaffung des dringendsten Bedarfs. Inland und Ausland halten mit Bestellungen zurück. Die Nachfrage nach Motoren ist bedeutend geringer; das gleiche gilt von Zählern und Schaltapparaten. Auch Kleinmaterialien, die als Betriebsmaterialien laufend gebraucht werden, weisen stark verminderte Bestellungen auf. Naturgemäß wird das Nachfrage nach Installationsgeschäften sich auch im Nachlassen des Bezuges von Leitungsdraht aus. Die Kupferpreise machen sich in dem Rückgang der Kabelbestellungen empfindlich fühlbar. In der Kabel- und Drahtindustrie mußte bereits zu Arbeitsreduzierungen geschritten werden. Auch das Schwachstromgebiet ist von dem Konjunkturrückgang in Mitleidenschaft gezogen. Wenn auch Fernsprechanlagen noch keinen erheblichen Auftragsrückgang zeigen, so ist vieler bei Telegraphenapparaten schon recht bedeutend geworden, auch Meßinstrumente aller Art und elektromechanische Apparate werden weniger verlangt als bisher. Die Bestellungen auf Glühlampen haben nachgelassen.

Deutsche Industrie-Kongresse

Die „Deutsche Arbeit“ verbreitet sich in einer Abhandlung über deutsche Industriekongresse. Wir entnehmen dem interessanten Aufsatz folgende Stellen:

Der in der Welt bekannteste, nicht mit Unrecht als industrielles Herkules bezeichnete Konzern ist der Siemens-Konzern. Die Zusammenfassung ging von der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.G. aus, die nach dem Verlust ihrer westdeutschen Werke in die Gesellschaften Bergwerks-A.G. (Gebrüder Rindorf) einbrang, sich dann den Bodumer Verein für Bergbau und Hüttenbetrieb angegliederte und im Jahre 1920 diese drei Riesenunternehmungen durch eine über sie geleitete Spitzengesellschaft zusammenfaßte, welche den Namen Rhein-Elbe-Union-G. m. b. H. erhielt. Die Union umfaßt damit einen erheblichen Teil (etwa ein Fünftel) des deutschen Kohlenbergbaues, hatte durch langfristige Verträge mit den abgetretenen Werken im Westen ihren Ertragsbedarf gesichert und konnte so mit diesen beiden wichtigsten Rohstoffen eine umfangreiche eigene Eisen- und Stahlindustrie verlagern. Die Vollendung des vertikalen Aufbaus, wenigstens nach einer Richtung hin, wurde aber erst vollbracht, als es Siemens gelang, auf dem Wege der Interessengemeinschaft sich eine so große Fertigindustrie wie den Elektrizitäts-Konzern Siemens anzugliedern. Die Rhein-Elbe-Union konnte zum Siemens-Rhein-Elbe-Schneider-Union-Konzern erweitert werden. Dies ist auch heute noch die Grundidee des Siemensischen Baues, um die sich dann freilich noch mannigfache andere Unternehmungen, in ganze Industrien im In- und Auslande gruppieren. Folgendes mag eine Uebersicht über diesen industriellen Wolfenstapel geben:

Rhein-Elbe-Union:

Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.G. (Stinnes, Vogler, Freundl); darin u. a.: die Friedrich-Thomae-A.G. in Werdohl, ebenda die Stahlwerke Brüninghaus, Karl Berg in

Essling, das Regener Walwerk, die Kettenfabrik Karl Schläpers, die Kettenfabrik Gebr. Ritting in Altona, das Stahlwerk- und Eisenfabrikwerk Dannenberg, die Friedrich-Wilhelmshütte mit fünf Hochöfen, die Rheinisch-Westfälische Bergwerks-A.G. in Wilhelm (Ruhr), Kohlewerke in Embden (Kohlenförderung und Kohlenhandel). Von den umfangreichen Bestellungen der Deutsch-Luxemburg bei die an der Bremer Reederei Wagnard, an der Rhein- und Seefahrts-Ges. in Köln und an der Mannheimer Dampf-Schleppschiffahrts-A.G. erwähnt.

Gesellschaftener Bergwerks-A.G.; darin u. a.: der Wagnere Hüttenverein, Schäffer Gruben- und Hüttenverein (Eisenverarbeitung). Bodumer Verein für Bergbau- und Hüttenbetrieb; besitzt große Eisensteingruben an der Sleg.

Siemens-Halske-Schuckert:

Darin u. a. angegliedert: Bergmannwerke (Berlin), Wolframwerke, Darmstadt, Elektrizitäts-A.G. normalschwer (Münster), Elektro-A.G. in Dresden, Continental Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Münster), Großdeutsche Ueberseeische Elektrizitätsgesellschaft, Bauunion-G. m. b. H., Frankische Ueberlandwerke, Ueberlandzentrale Südbayern, Bergische Kleinbahn, Hamburger Elektrizitätswerke, Seltener Elektrizitätswerke, Ueberland- und Zechenzentrale Runderdeh, Rheinische Elektrizitäts-A.G. in Mannheim, Norddeutsche Elektrizitätswerke, Siemens Elektrizitätszeugnisse A.G. in Zürich, Schweizerische Licht- und Kraft für elektrische Industrie (Glarus), Vereinigte Glaswerke für Glas.

Selbständig im Sinnes-Konzern sind:

die Reederei: A.G. Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Seehandel (Hamburg), Ostseereederei in Rendsburg, Hugo Stinnes G. m. b. H. (Hamburg), Rheinische Kohlenhandels- und Reederei-G. m. b. H. in Wilhelm (Ruhr) (Gulban Stinnes); die Werften: Nordsee-Werft in Embden und die Dreilundwerft in Landstrona (Schweden); die Automobilindustrie in Charlottenburg; die Oesterreichisch-Alpine-Montan-Ges. in Wien; die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (zusammen mit Konsumden des Industriebezirks); die Monner Margarinewerke Mohr u. Co.; die Hamburger Werks-A.G. mit den Hotels Eplanada (Berlin), Oberhof, Atlantic, Kückenhof, Rathaushotel, Hamburger Hof in Hamburg, Carlton in Frankfurt; die Allgemeine Nahrungs-Import-A.G.; die Werke der Papierindustrie, deren Spitzenorganisation die Roholzig-A.G. in Berlin ist; Königsberger Zellstoffabrik, Norddeutsche Zellstoffabrik (Königsberg), Papierfabrik vorm. Harbros in Hildesheim, Wildermannwerke in Urdorf am Rhein, Elektrofabrik in Knapsack (phototechnische Erzeugnisse), die Buchdruckerei Bürenstein in Berlin die Norddeutsche Buchdruckerei, der Zeitungsverlag Schmidt-Dumont u. Co., welcher die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verlegt, der Verlag der „Industrie- und Handels-Zeitung“, die Buchhandlung Hobbins, welche das Eisenbahnreklamerecht besitzt. — Die Stinnesische Papierindustrie hat Holzeinkaufsbüros in Rußland, z. B. in Rybinsk.

Der Rüdiger-Konzern bildete sich von dem Lothninger Hütten- und Bergwerksverein aus. Mit den Erwerbungen zusammen, die er für die abgetretenen Lothninger Erzeugnisse usw. erhielt, konnte er in andere Gebiete eindringen, vor allem in die Werke der Eisen- und Stahlverarbeitung, wie die Krupp Eisen- und Stahlwerke, das Jassoniewskawerke L. Wasmuth & Co. in Lothdorf, die Dillendorfer Eisen- und Drahtindustrie A.G. in den Georgen-Park-Hüttenverein zu Osmatitz, in die Kreselber Stahlwerke und die Königsberger A.G. für Bergbau, Eisernen und Solbadbetrieb in Lina. Zusammen mit Toppfen hat Rüdiger die Geisweider Eisenwerke; er ist beteiligt an der Hiesburger Hütte. Auch die Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln gehört Rüdiger. Wie verstanden, soll der Rüdiger-Konzern sich für seine Erwerbsunternehmungen unabhängig von Lothningen gemacht, sich vielmehr anderen Teilen des Auslandes zugewandt haben. Auch der Eisenhandel wird von dem Konzern wahrgenommen durch die Eisenhandelsfirma Rüdiger u. Co.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer eine Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. November; der 48. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 26. November bis 2. Dezember.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung der beschlossenen Beiträge:

Duisburg.

Neue Vorkasse. Mit dem 15. November sind wieder neue Vorkasse in Kraft getreten, auf deren genaue Beachtung beim Postverkehr mit der Zentrale hingewiesen wird. Alle Sendungen sind ausreichend zu frankieren, damit wir kein Strafporto zu bezahlen brauchen.

Es wird wiederholt und dringend darauf aufmerksam gemacht, daß Zuschriften für die Zentrale nie an die Adresse eines einzelnen Kollegen, sondern stets und in allen Fällen nur an die Hauptgeschäftsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Stapelfor 17, zu richten sind.

7 Minderung des Einflusses, Schaffung von Vorzugsaktien; Veränderung in der Stimmverteilung, Verdrängung des Firmengründers aus der Akt.-Ges.; Name des Gründers geht im Laufe der Zeit verloren.

Ein Geschäft kann weder gedeihen, noch sich entfalten, wenn ihm alljährlich sämtliche Gewinne entzogen werden. Die Gewinne müssen zum Teil wenigstens als Betriebsmittel erhalten werden. Soweit die Sachumstände keine Ausnahme erlauben, mußte alles verteilt werden, was sich nach der jährlichen Bilanz als reiner Gewinn ergibt. Die Sachumstände können unbeschränkt Maßnahmen festlegen, die die Dividende beschränken; sie kann auch die Generalversammlung ermächtigen, nach freiem Ermessen über die Dividende zu verfügen. Soweit hierüber in der Satzung nichts bestimmt ist, muß, abgesehen vom gesetzlichen Rücklagefonds, der ganze Reingewinn verteilt, Abschreibungen und Rücklagen dürfen nur soweit notwendig, gemacht werden. Soweit durch freiwillige Maßnahmen und Rücklagen der Gewinn gekürzt wird, haben Aktionäre, die mindestens 5 v. H. des Aktienkapitals besitzen, ein Anfechtungsrecht. In der Praxis herrscht das Bestreben, diesen für die Entwicklung der Gesellschaften gefährlichen Rechtszustand durch weitgehende Rücklagen, Minderbewertungen oder Abschreibungen zu mildern.

Da die Aktien übertragbar sind und einen Gegenstand des Wertpapierhandels bilden, liegen und fallen die Kurse je nach der Höhe der Dividende, nach politischen und wirtschaftlichen Ereignissen, Börsen- und Reklamemännern. Die einzelne Gesellschaft kann durch die hohe Forderung der Aktiven, durch den Gewinn der Gründer und durch die Gründungs- und Verwaltungskosten so stark belastet sein, daß wohl das Aktienkapital im Vergleich zu früher größer, die Rente jedoch fraglicher ist. Die Nachteile der Aktiengesellschaft sind um so geringer, je mehr die Aktien in selten Händen (im Familienbesitz) sind. Auf die Dauer dürfte jedoch der Verkauf der Aktien an Unkenknechte (bei Todesfall z. B.) nicht zu umgehen sein. In neuerer Zeit werden übrigens kleinere Aktiengesellschaften gegründet, die die Vertriebsabteilungen, z. B. von Maschinenfabriken, übernehmen oder den Jahrestrieb von bestehenden Firmen pachten.

Die Unternehmungsformen in Handel und Industrie

Dr. Reich, Lauban i. Schlesien.

Nachteile:

1. Einengung der Verfügungsfreiheit der Geschäftsleiter, schwerfälliger Instanzenzug, Schwermung der Ausübung günstiger Geschäftslagen und des Ueberganges auf veränderte Unternehmungsgebiete. Vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates zu bestimmten Verfügungen notwendig; Abhängigkeit der Unternehmungsleitung von der zufälligen Mehrheit in der Generalversammlung. Abhängigkeit und Unterordnung des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat. Gegenseitige Schwermung der Ausgaben des Vorstandes und Aufsichtsrates. Die Kontrolle soll wirksam sein und doch die Tätigkeit des Vorstandes nicht hemmen — zwei entgegengesetzte Forderungen. Die formale Ordnung, der bewerkstelligte, schwerfällige Organismus hemmt die Handlungsfähigkeit und Freiheit des Leiters. Beaufsichtigung und Ueberwachung der Leitung durch den Aufsichtsrat (§246 HGB.). Bei Widerspruch eines einzelnen Vorstandes muß die geplante geschäftliche Maßnahme unterbleiben. Vernichtung der Generalversammlung mindestens zwei Wochen vorher (§ 255 HGB.). Keine Beschlusfassung über Gegenstände, deren Verhandlung nicht mindestens eine Woche vor dem Tage der Generalversammlung angekündigt ist (§ 256 HGB.).
2. Hohe Gründungs- und Verwaltungskosten (Reichsstempel, Schlusnotenstempel, Rechtsanwalts-, Notariats-, Gerichts- und Herabsetzungsstellen, Landesstempel bei Sachgrundungen, Kosten für Handelskammer-Konkurrenzen usw., insgesamt rund 10 bis 12 v. H. des Aktienkapitals). Schwerfällige löstpflichtige Verwaltung (Vorstandes- und Aufsichtsratsmitglieder). Je größer der Aufsichtsrat, desto geringer wird die Verantwortlichkeit. Tätigkeit, Landemwürdigkeit des einzelnen. Beamtete Leiter hat selbständige Unternehmer. Gefahr der Mißverwaltung, Mißhandlung, wenn Leiter nicht an Geschäftserfolg interessiert. An die geschäftlichen Eigenschaften des Direktors werden hohe Anforderungen gestellt. Beengt von einer Kontrolle, die ihm manches verbietet, was dem Einzelunternehmer frei

steht, hat er das Kapital fruchtbar zu machen und die Verantwortung für Mißerfolge zu tragen.

3. Gang zu dauernder Verschuldung, weil kein Drang zur Beseitigung einmal eingegangener Schulden. Die Leidenschaft, Aktien aufzunehmen zu können, verleitet zu maßlosen Spekulationen, Abhängigkeit von den Banken, Einfluß auf Verwaltung und Gewinnbeteiligung.

4. Wargehende Veröffentlichungspflicht. Unbedingte Offenheit für den Gang der Gründung und für die ganze Dauer des Bestehens. Nachprüfung der Geschäftsführung (§§ 191, 192 HGB.).

5. Gefahr der Ueberstimmung, Durchkreuzung der Pläne der Verwaltung durch eingeweihte Aufsichtsratsmitglieder. Einfluß der Banken, die auch in Aufsichtsrat von Wettbewerbsfirmen sitzen, durch Aktienwerb oder unter Benutzung des Stimmrechts ihrer Kunden, erleichtert durch den im steuerlichen Interesse eingetragenen Depotzwang. Gefahr der Ausbeutung von Geschäftsgeheimnissen durch Aufsichtsratsmitglieder, Einbild in den Geschäftsbetrieb durch Wettbewerbsfirmen, weil Offenheit der Geschäftsführung. Anhaltung von Aufsichtsratsstellen in einer Person bei mehreren Wettbewerbsunternehmungen. Gefährdung der Gründung der Akt.-Ges. Unkenntnis der einzelnen Aktionäre. Aktionäre bleiben im allgemeinen verborgen mit Ausnahme der Inhaber von Namensaktien. Beschlechte Mehrheit, große Interessensverschiedenheit bei Dauer- und Spekulationsaktionären. Der Besitz einer Minderheit des Aktienkapitals einer Aktiengesellschaft hat oft nur den Zweck einen Einbild in den Geschäftsbetrieb zu erlangen oder an den Erträgen teilzunehmen, aber die eigenen Erzeugnisse aufzuwenden. Unternehmungen teilzunehmen. Der Erwerb einer Minderheit genügt oft zur Erlangung eines maßgebenden Einflusses, weil in den Generalversammlungen nicht alle Aktionäre vertreten zu sein pflegen.

6. Weitgehende Bindung der Vorstandsmitglieder. (Kein Handels-gewerbe, keine Wettbewerbsgeschäfte auf eigene oder fremde Rechnung, keine Teilnahme als persönlich haftende Gesellschafter an einer anderen Handelsgesellschaft (§ 231 HGB.)), unbeschränkter Anspruch auf die vertragsmäßige Vergütung.

Aus unserem Verbandsleben

Verbandsgebiet

Notwehr.

Die wirtschaftliche Not, in der sich besonders auch die Arbeiterschaft befindet, hat von neuem die kommunistische Meute auf den Plan gerufen. Putsch und wilde Streiks sollten den Untergrund schaffen für die dunklen Ziele, die von Moskau aus finanziert werden. Treuerungskawalle werden hervorgerufen, um die Ordnung zu erschüttern. Dadurch wird aber unsere Lage nicht nur nicht gebessert, im Gegenteil, sie geht noch immer mehr bergab. Unendlich haben es die Kommunisten auf Düsseldorf und die umliegenden Städte abgesehen, um dort Putsch, Herdortun und über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg „direkte Aktionen“ zu machen.

Was heute in Düsseldorf geschieht, kann morgen in anderen Städten sich zeigen, deshalb heißt es für alle Kollegen auf der Wacht sein. Jeder merke es sich: Eine Bewegung kann und darf nicht über den Kopf der Organisation hinweggehen, sonst ist sie wild und die Organisation muß die Folgen von sich weisen. Jeder, der zum Putsch treibt, ist Unternehmerrisiko, denn er besorgt die Geschäfte des Unternehmertums. Gegen diese Gesellen muß sich die rechtl. denkende Arbeiterschaft energisch zur Wehr setzen.

Leider läßt an vielen Orten die Arbeiterschaft jegliche Energie gegen diese Putschisten vermissen. Da kommen fünfzig oder hundert solcher kommunistischer Schreier und fordern die Arbeiterschaft auf, den Betrieb still zu legen. Hunderte und tausende von Arbeitern nehmen dann ihren Hentelmann, stecken den Kopf zwischen die Schultern und trotteln nach Hause. Daß sie dadurch enorme Lohnverluste haben, daß zu Haus Frau und Kinder sind, für die man zu sorgen die verdammte Pflicht hat, daran denkt man nicht. Die dürfen ja hungern, denn der Herr Kommunist befehlt ja den Betrieb stillzulegen und Tausende von Arbeitern lassen das stillschweigend über sich ergehen. Wer in derart unbedingter Weise einen Arbeiter von der Arbeit fernhält, handelt genau so wie der Einbrecher, der in eine Wohnung einbricht. Dem gibt man einen Dankschreiben und einen Schein verweist. Und wer die Arbeiterschaft um Putsch und wilde Streiks halber um Lohn und Brot bringt, der muß ebenso bestraft werden.

Unsere Kollegen in Friemersheim, Duisburg, Essen und an anderen Orten haben bei ähnlichen Gelegenheiten diesen Herrschaften schon mal gezeigt, daß sie nicht mit sich spaßen lassen. Die Not ist geradezu groß genug. Wir wollen sie von den Moskowiten und ihren Nachläufern nicht mehr vergrößern lassen. Unsere Kollegen müssen immer daran denken, daß nur ihr Verband und seine Beschlüsse maßgebend für sie sind und nicht irgendwelche hergelauenen Schreier. Diese Klaffen läßt man im allgemeinen links liegen, kommen sie aber einem zu nahe, dann muß eben mal gründlich geprüffelt werden. Die Arbeiterschaft und ihre Familien haben den größten Nutzen, wenn so gehandelt wird.

Aus dem Erzgebirge. Am Sonntag zur Beitragskasse zu nehmen und die sonstigen wichtigen Vorarbeiten innerhalb der letzten Zeit zu befrachten, versammelten sich am Sonntag, dem 29. Oktober, die Ortsgruppenvorsitzenden und Vertrauensleute im Versammlungsort der Sektion Lauter.

Kollege Weißfog eröffnete die Konferenz mit herrlichen Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen und erbatete zunächst den Bericht vom 3. Vierteljahr. Diesem war zu entnehmen, daß es in der Verwaltungsstelle eine gut normale geht. Die Mitgliederzahl, die dauernd im Wachstum begriffen ist, konnte trotz aller Hemmnisse um 20 Prozent gesteigert werden. Kollege Weißfog dankte allen Mitarbeitern für die hingebende Arbeit und bat auch künftig so weiter zu arbeiten. In der Aussprache meldete sich zunächst der Vorsitzende der Sektion Lauter, Kollege Eidner, zum Wort. Er begrüßte die in seiner Ortsgruppe tagende Konferenz und würdigte erzieherische Arbeit. Dann sprach über den Bericht noch die Vertreter anderer Ortsgruppen, sowie einige Vertrauensleute.

Zum 2. Punkt wurde über Lohnfragen gesprochen. Wie im vorhergehenden Punkt, so wurde auch hier volle Einmütigkeit zwischen Leitung und Mitgliedern erzielt.

Sodann nahm man Stellung zur Beitragserrhöhung. Einmütig wurden die von einem dazu gebildeten Ausschuss vorgelegten Entwürfe angenommen und damit alter bewährter Opferinn christlicher Metallarbeiter bewiesen.

Nach 2 1/2-stündiger Dauer nahm die Konferenz ihr Ende mit einem Schlusswort des Kollegen Weißfog, in dem er aufforderte, weiterhin wie bisher zu arbeiten. Dann brachte uns um die Zukunft nicht lange zu sein.

Aus Oberhessen.

Mit Interesse werden die Kollegen der anderen Bezirke die Auftragsverteilung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im fernem Osten verfolgt haben. Dieser expressiven Entwicklung haben auch die letzten Ereignisse (Leistung Beschäftigten) keinen Abbruch getan. Mit derselben Ueberzeugungstreue und Ausdauer wie die Kollegen der übrigen Bezirke, vertreten auch heute noch unsere Vertrauensleute ihren Christenbrüdern im Metallarbeiterverband, sei es in der Selbstständigkeit oder auf der Arbeitstelle.

In einer am 8. November 1922 in Kattowitz stattgefundenen Bezirkskonferenz für Polnisch-Oberhessen wurde Stellung genommen zu der vom Zentralvorstand neuerdings beschlossenen Beitragserrhöhung. Der Bezirksleiter, Kollege Kaniowski, begründete die Beitragserrhöhung und führte folgendes an:

Die Geldentwertung, wie die damit verbundene Lohnerrhöhung immer größeren Umfang an. Die Not der Arbeiterschaft ist aus höchsten gestiegen. Den Forderungen der Arbeiterschaft nach einem gerechten Lohnausgleich sind von den Arbeitgebern der heftigste Widerstand entgegengekehrt. Die Lohnverhandlungen gestalten sich immer schwieriger. Zu einer gütlichen Einigung ist es in den letzten Lohnverhandlungen nicht mehr gekommen. Immer mehr ein Streikverbot zusammenbrechen und einen Spruch fällen. Der heftigste Widerstand haben die Arbeitgeber in den letzten Lohnverhandlungen gemacht, jedoch die Arbeiterschaft hat sich endlich mit einer evtl. Arbeitsunterbrechung d. h. Streik, befreit haben. Die Lohnerrhöhung für den Monat November, die durch einen Streikverbot am 29. Oktober 1922 erreicht wurde, ist durch die rapide um sich greifende Geldentwertung bei weitem überholt. Unter der Arbeiterschaft herrscht eine nahe an Verzweiflung grenzende Stimmung und in vielen eingegangenen Resolutionen werden die Führer der Gewerkschaften aufgefordert, sofortige Lohnverhandlungen aufzunehmen.

den die Führer der Gewerkschaften aufgefordert, sofortige Lohnverhandlungen aufzunehmen.

In Belegschaftsversammlungen wird den Gewerkschaftsführern sogar vorgeworfen, daß sie bei Lohnverhandlungen ihre Macht nicht genügend in Erscheinung treten lassen. Dieser Vorwurf scheint das Verständnis dafür zu fehlen, daß die Macht der Führer dort aufhört, wo die Macht der Organisation nicht mehr im Einklang steht mit der Macht und Kraft der Gegner, dem Arbeitgeberverband, und daß es soweit gekommen ist, daran sind gerade die Gleichgültigen und Unorganisierten Schuld.

Nicht mit Schlagworten in Belegschaftsversammlungen werden wir die Not wirksam bekämpfen und bei Lohnverhandlungen dem Arbeitgeberverband gegenüber unseren Standpunkt vertreten können, sondern durch festen Zusammenschluß in den Organisationsaktionen. Durch Opferwilligkeit, wie sie den ersten Gewerkschaften eigen war, die stets bereit waren, der Organisation das zu geben, was sie notwendig hatte.

Branchenbewegung

Warum Branchenarbeit?

Die Notwendigkeit, unsere Kollegen branchenweise zusammen zu holen, ist mehr noch als bisher zu beachten. Dieses kommt für die Großindustrie sowohl wie für die Kleinindustrie als auch für das Kleingewerbe in Frage. Vor allem ist erhöhte Aufmerksamkeit auf das Kleingewerbe und das strikte Durchführen und Abhalten der Branchenversammlungen in demselben zu beachten. In den meisten Orten dürfte es der Fall sein, daß gewerkschaftlicher Geist, sowie die Erkenntnis der gewerkschaftlichen Notwendigkeit in den Kreisen der dort beschäftigten Gehilfenschaft nicht so stark geäußert hat, wie es notwendig wäre. Die Gründe sind zum Teil in einem gewissen patriarchalischen Verhältnis zwischen Meister und Geselle zu suchen. Viele Meister glauben auch ihre Gehilfen davon überzeugen zu müssen, daß gewerkschaftlicher Zusammenschluß nicht notwendig ist. Sie verstehen aber, ihren eigenen Zusammenschluß nach jeder Seite zu fördern.

Was ist nun zu tun, was ist unsere Aufgabe? Aufbau der Branchenbewegung nach Gewerbebezügen. Hier heißt es Schlosser, Klempner, Elektriker, Uhrmacher, Büromaschinenmechaniker usw. allmonatlich zu ihrer Branchenversammlung zusammen zu holen. Die Branchenleitung ist aus den Reihen der Kollegen zu wählen. Die monatlichen Versammlungen sind mit ihren Tagesordnungen festzulegen. In allen Versammlungen ist Protokoll durch die Branchenleitung zu führen. Fachfragen sind neben gewerkschaftlichen Fragen vor allem Dingen zu pflegen.

Viele werden sagen, unsere Gruppe ist so klein, es lohnt sich nicht und doch wird es sich lohnen, besonders dann, wenn wir auch die Frauen von Zeit zu Zeit an den Branchenversammlungen teilnehmen lassen. Auch sie sind von der gewerkschaftlichen Notwendigkeit zu überzeugen. Vor allem ist in diesen Versammlungen auch die Leistungsfrage zu behandeln. Bekanntlich wird ja den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht über die Gestaltung des Lohnverhältnisses aus den Kreisen der Handwerksmeister abgesprochen. Und hier ist es doch unsere besondere Aufgabe, die Eltern darauf hinzuweisen, wie die Verhältnisse für die Lehrlinge in so vielen Kleinbetrieben geradezu unverantwortlich liegen. (Lehrlingszahl, Entlohnung). Besonders wertvoll ist es, die Gehilfenschaft des gesamten Kleingewerbes durch eine gewisse Arbeitsgemeinschaft in unseren Branchen zusammenzufassen und hin und wieder zu gemeinsamen Beratungen zu versammeln. Das gemeinsame Handeln in Handarbeiten wird ihnen so zeigen, daß auch sie eins von den nicht zu unterschätzenden Rädern im Wirtschaftsgetriebe darstellen.

Arbeiten wir so in allen Zweigen des Kleingewerbes in unserm christlichen Metallarbeiterverband zum Nutzen der Gehilfenschaft, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Chirurgische Instrumentenfleifer.

Eine gut besuchte l. o. m. Versammlung der chirurgischen Instrumentenfleifer fand am 30. Oktober im Lokale Kolgen, Ohligs, statt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den 1. Vorsitzenden erstattete ein Kollege den Bericht von der letzten Vergleichsstammerversammlung der Nagelzangenschleifer, aus welchem zu entnehmen war, daß eine beantragte Erhöhung der Preise für das Schleifen der Nagelzangen von den Fabrikanten als Sonderforderung bezeichnet und abgelehnt wurde; dieselben waren nur bereit, bei einigen besonders schlechten Sorten eine Erhöhung der Schleifpreise eintreten zu lassen.

Es ist in letzter Zeit Brauch bei den Fabrikanten geworden, etwaige berechtigende Wünsche einzelner Heimwerkerbranchen als Sonderforderungen zu bezeichnen und solche kurzerhand zurückzuweisen. Hierbei mag in unserm Falle ausdrücklich festgestellt werden, daß eine ganze Reihe von Fabrikanten die von den Nagelzangenschleifern beantragte Erhöhung der Schleifpreise als vollkommen berechtigt anerkannt und ohne weiteres zahl. Wer will es den übrigen Schleifern verübeln, wenn dieselben folgerichtig im Hinblick auf die schlechte Entlohnung ihrer Kategorie dazu übergehen, andere, besser bezahlte Artikel zu schleifen, oder sich anderen Lohnfordernden Bezufen zuwenden, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Sehr interessant war übrigens die Feststellung, daß die Fabrikanten selbst die obige Vergleichsstammerversammlung angeordnet hatten, aber zuvor von unserer Branche einen formellen diesbezüglichen Antrag erbat, um dann diesem Antrage größtmäßig stattzugeben, jedenfalls ein eigenartiger Umweg, um zum Ziele zu gelangen. Wir konnten bisher für die anderen Kategorien unserer Branche trotz aller Drängens eine Vergleichsstammerversammlung nicht erhalten, trotzdem noch eine ganze Menge von Arbeit ihrer Erledigung harret. In der nun einkehrenden lebhaften Debatte wurde das Verhalten der Fabrikanten scharf verurteilt, im besonderen wurde auch noch das Gebahren des zeitweiligen Vorsitzenden der Vergleichsstammerversammlung einer eingehenden Würdigung unterzogen, woraus sich ergab, daß man bei der Wahl des Vorsitzenden keine allzu scharfsichtige Hand gehabt hatte, weil derselbe die zur Führung eines solchen Amtes unerlässlich notwendige Objektivität sehr oft vermissen läßt, von dem Leutenantston, welcher doch auch wohl als übermünder Standpunkt gelten dürfte, garnicht zu reden. Durch ein solches Vorgehen werden Schürzen ausgelöst, welche den normalen Gang der Verhandlungen zum Mindesten sehr beeinträchtigen, falls sie dieselben nicht sogar illusorisch machen und es wäre hier irgend eine Veränderung ernstlich in Erwägung zu ziehen, da sonst die Gefahr besteht, daß sich kein Kollege mehr für die Teilnahme an der Vergleichsstammerversammlung bereit finden wird.

Im Anschluß an diesen Punkt wurde Punkt 2 der Tagesordnung: „Kündigung des Preisverzeichnisses“ verhandelt. Hinsichtlich des Ergebnisses der letzten Vergleichsstammerversammlung, sowie mit Rücksicht

auf das Entgegenkommen der Fabrikanten bei den allgemeinen Lohnverhandlungen, bei welcher der trostlosen, wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiter so wenig Verständnis entgegen gebracht wird, steht sich die Versammlung der chirurg. Instrumentenfleifer gezwungen, den einzig gangbaren Weg der Kündigung des Preisverzeichnisses zu beschreiten, um durch eine Regulierung der Grundpreise der großen Notlage der Kollegen einigermaßen Rechnung zu tragen. Der Antrag auf Kündigung des Preisverzeichnisses wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden die Versammlung am 18. November in Ohligs ebenso zahlreich zu besuchen, fand die von seltener Einmütigkeit zeugende Versammlung ihren Abschluß.

Feinblechwalzer.

Am Sonntag, den 29. Oktober, fand in Altenhunden im Lokale Wiethof eine Branchenversammlung der Feinblechwalzer des Sieger- und Sauerlandes statt. Die Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht und der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Fast sämtliche Werke aus den Verwaltungsstellen Siegen, Behrhorf, Wifsen, Olpe, Grevenbrück und Mettenberg hatten Vertreter entsandt. Ein Beweis, daß bei unseren Kollegen Verständnis für die Branchenbewegung vorhanden ist.

Kollege Wehner eröffnete um 3 Uhr die Versammlung mit herrlichen Begrüßungsworten an die Erschienenen und sprach die Erwartung aus, daß die Versammlung auch in der Ortsverwaltung Grevenbrück zur Bildung einer Branchengruppe der Blechwalzer führen möge, worauf er dem Referenten, Kollegen Haas-Siegen, das Wort zu seinem Vortrag: „Die Bedeutung der Feinblechindustrie für die deutsche Wirtschaft“ erteilte. Aus seinen über einstündigen, sehr interessanten Ausführungen entnehmen wir folgendes:

Der christliche Metallarbeiterverband hat schon vor Jahren den Blechwalzern großes Interesse entgegengebracht. Schon vor dem Kriege fanden Blechwalzerversammlungen statt in Duisburg, Düsseldorf usw. Während es früher in der Hauptsache darauf ankam, die Blechwalzer für die Organisation zu gewinnen, sollen heute die Branchenversammlungen der Aufklärung und gegenseitigen Aussprache dienen. In dieser Richtung haben wir im Siegerlande die besten Erfahrungen mit unseren Branchengruppen gemacht. Welt mehr als der elend verdrachte, an Mitgliedern und Finanzkraft stets schwache Walzwerksarbeiterverband, ist eine solche Branchengruppe, hinter der ein starker Zentralverband steht, in der Lage, die Interessen der Walzwerksarbeiter nach allen Richtungen zu vertreten. Nicht soll es die Aufgabe der Branchengruppen sein, Egoismus und Berufssimmel zu züchten, aber ein gelunder Berufsstolz, wie wir als Metallarbeiter stets gepflegt haben, soll in den Gruppen erhalten und gefördert werden. In der heutigen Zeit, wo der Arbeitnehmer ein gutes Stück Gleichberechtigung hat, wo er im Betriebsrat und Wirtschaftspartamenten mitbestimmt, ist es notwendig, daß wir uns auch der Mitverantwortung bewußt sind. Wir haben das größte Interesse daran, daß die Industrie, in der wir tätig sind, floriert, und dürfen daher keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um auf Mängel aufmerksam zu machen, die der Entfaltung unserer Industrie entgegenstehen.

Kollege erwähnte dann, daß von über 70 Feinblechwalzwerken Deutschlands allein sich 23 im Sieger- und Sauerlande befinden. Geht man von den 45 Gerüsten dieser 23 Werke heute nur etwa die Hälfte im Betrieb, während alle übrigen, samt einer ganzen Reihe Blockwalzen, wegen Brennstoffmangels stillliegen. Es ist als volkswirtschaftlichen Unfug zu bezeichnen, daß man Halbzeug, Blöcke und Platten in Deutschland herum spazieren läßt, statt die notwendigen Kohlen zur Verfügung zu stellen, um die Schmelzhöfen und Blockwalzen in Betrieb setzen zu können. Die überhaupt angelieferten Brennstoffe aber sind derartig minderwertig, daß es ausgeschlossen erscheint, die hiesige Feinblechindustrie wieder zu der Bedeutung der Vorkriegszeit zu bringen. Kollege ging dann noch auf die Lohn- und Arbeitsfragen ein und erwähnte zum Schluß zu früherer Betätigung in den Branchengruppen und in unserem christlichen Metallarbeiterverband. Dem Referenten, der als ehemaliger Walzmeister es ausgezeichnet verstanden hatte, den anwesenden Kollegen manches Interessante zu sagen, wurde reichlich Beifall gesollt.

Nachdem noch die Kollegen Schwarz-Siegen und Pagenheim-Plettenberg einige ergänzende Ausführungen gemacht hatten, fand eine allgemeine Aussprache statt, an der die Vertreter der Werke ausreichend zu Worte kamen.

Festgestellt wurde, daß überall dort, wo der christliche Metallarbeiterverband in den Betrieben vorherrschend ist, auch die Arbeitsverhältnisse besser sind, als in denjenigen Betrieben, wo durch kommunistische Wühlereien die Organisationskraft gelähmt ist. Auch wurde fast überall über Arbeitermangel geklagt, was auf die verkehrte Lohnpolitik der Arbeitgeber zurückzuführen sei. Diejenigen Betriebe, die größeren Konzernen angeschlossen seien, wären von dem allgemeinen Kohlenmangel nicht so betroffen, sondern wären ausreichend, wenn auch mit schlechten Kohlen, versorgt. Die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben wurden ausgiebig erörtert. Besondere Beachtung fanden die von der Verwaltungsstelle Siegen herausgegebenen Fragebogen, die an sämtliche Betriebe verteilt wurden.

In seinem Schlusswort wies der Kollege Schwarz-Siegen nochmals auf die große Bedeutung der Branchenkongresse hin und empfahl den Kollegen in den einzelnen Verwaltungsstellen das Branchewesen noch besser aufzuleben. Die Konferenz hätte den Beweis gebracht, daß im christlichen Metallarbeiterverband praktische Gewerkschaftsarbeit getrieben werde.

Mit einem Hoch auf den Verband fand die imposante Versammlung nach vierstündiger Dauer ihren Abschluß. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Entschließung.

Die am 29. Oktober in Altenhunden stattgefundenen Konferenz der im christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands organisierten Blechwalzer des Sieger- und Sauerlandes lenken erneut den Blick der maßgebenden Instanzen auf die gänzlich unzureichende Brennstoffversorgung der Walzwerke. In einer Zeit, wo alles von einer notwendigen Vermehrung der Produktion redet und schreibt, mutet sich dieses wie ein Hoch an, solange noch zahlreiche Gerüste wegen Brennstoffmangel stillliegen, oder als Lokföhrer mitleiden. Durch den Mangel an Kohlen ist der Betrieb fast sämtlicher Blockwalzen und die eigene Herstellung von Platten unmöglich gemacht, die Bleche aber unnötig verfeuert. Bei der großen Bedeutung der hiesigen Feinblechindustrie für die gesamte deutsche Volkswirtschaft und namentlich den Export von Metallwaren, spricht die Konferenz die Erwartung aus, daß alles getan wird, um die Walzwerke in Zukunft besser mit Brennstoffen zu beliefern als bisher.

Wie erlange ich Fachkenntnisse?
 durch Selbstunterricht. Der technische Beruf 30. Rechtsberatung 20. Deutsche Sprachlehre 30. Techn. Rechnen 60. Arithmetik und Algebra 90. Eisen- und Stahlverarbeitung 30. Gewindefach 20. Geschäftekunde 70. Hierzu: Lernenszusatz. Gegen Nachnahme zu beziehen durch Versandbuchhandlung Joh. Neud. Frankfurt am Main (West 13). Bestellzettel 60.
 Tüchtige und erfahrene
Dreher, Schlosser und Mechaniker
 müssen unbedingt auch im Besitze des Handbuchs „DAS GEWINDE“ sein. Preis per Nachnahme 260. - Mark bei
 W. H. Schuler, Techn. Verlag, Augsburg 6, Imhofstr. 79

Neu erschienen:
Ritter Taschenbuch
 für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk bei Breslau. Preis auf Anfr.
In keinem Hause sollte eine Schwarzwalzer Handuhr fehlen!
 Ich habe solche in Friedensqualität. Höhe 30 cm, prächtig geschliffen, solid und dauerhaft gearbeitet, mit la Messingwerk, halbsündlich einmal und stündlich die volle Stundenzahl „Kuckuck“ rufend für nur M. 40.00. - das Stück. Versand per Nachnahme. Porto und Verpackung werden nicht berechnet. Zahlreiche freiwilige Dankschreiben. Bestellen Sie sofort, bevor der Vorrat verkonstet ist. Erich Lutz, Leipzig-K. 3, Elbastr. 7

WICHTIGE FACHLEHRBUCHER
 sind: Elektrotechnik für Praktiker 50 Mark; Materialkunde für Praktiker 20 Mark; Sünden an elektrischen Maschinen 50 Mark; Das wäronetische Drehfeld 12 Mark; Leitlinien der drahtlosen Telegraphie 50 Mark; Zeitgemäße Ingenieur-Ausbildung 20 Mark; Maschinenzeichnen 50 Mark; Berechnung der Federn 50 Mark; Elektrische Anlagen in Bergwerken 8 Mark; Die Prüfung der Eisen- und Stahlsorten 20 Mark; Industrielle Gründungen 8 Mark; Materialprüfungswesen 9 Mark; Die Herstellung der Gewinde und Gewindefachwerkzeuge 12 Mark; Die Schleifmaschinen im Maschinenbau 12 Mark; Kohlenapparate bei Industrieheizungen 8 Mark; Die Meßwerkzeuge im Maschinenbau 12 Mark; Berechnung des Stufenscheibenbetriebes einer Drehbank 7 Mark; Betriebs-Charakteristiken neuzeitlicher Dampfkräftwerke 8 Mark; Wie erlange ich in kurzer Zeit eine schöne u. geistreiche Handschrift 10 Mark; Nachdruck der Techn. Verlags-Akadem. Techn. Verlag, Frankfurt a. M., We 8